

Liebe Berufskollegen,

heute vormittag hatten wir die große Politik. Zum Thema Degression ist alles und zur Agrarreform das meiste gesagt worden. Ich möchte deshalb auch nicht mehr allzu viele Worte darüber verlieren, nur soviel: Als Bauernbund Brandenburg haben wir uns nicht festgelegt auf irgendwelche Prozente oder eigene Vorschläge entwickelt. Natürlich stehen wir hinter dem, was Kurt und der Dachverband machen, aber eines ist doch klar: Verhandelt wird am Hintertisch. Und wenn in der Öffentlichkeit etwas interessiert, sind das nicht die kleinen Abweichungen, sondern die grundsätzliche Zustimmung. Es kommt selten genug vor, dass wir uns mit Vorschlägen aus Brüssel anfreunden können, und deshalb haben wir gleich im November in aller Deutlichkeit gesagt: Ja, wir als ostdeutsche Bauernorganisation sind für die Degression!

Wir haben in unserer Pressemitteilung allerdings auch deutlich gemacht, wofür wir die eingesparten Mittel verwenden wollen, nämlich als Starthilfe für neue bäuerliche Betriebe, ganz gleich, ob sie sich aus den großen Agrargesellschaften heraus oder völlig neu gründen. Fakt ist, dass jeder Start in die berufliche Selbständigkeit derzeit zusätzlich zu allem anderen mit den Kosten für die Betriebsprämien belastet wird, die auf den Flächen zu realisieren sind, und das behindert den Strukturwandel, den wir uns aus Überzeugung für unsere Landwirtschaft wünschen.

Wir haben außerdem gesagt, dass wir mit den angestrebten kleineren Korrekturen am System Cross Compliance keineswegs zufrieden sind. Es ist zwar konsequent, dass Betriebe, die gegen Gesetze und Verordnungen verstoßen, nicht nur mit angemessenen strafrechtlichen Sanktionen rechnen müssen, sondern auch – je nach Schwere der Verstöße – eine Kürzung der Einkommensbeihilfen zu erwarten haben. Nicht nachvollziehbar ist allerdings die Umkehrung der Beweislast, also dass Kürzungen bereits möglich sind, wenn der kontrollierte Betrieb nicht nachweisen kann, dass er sich an die Gesetze und Verordnungen gehalten hat. Die umfangreichen Aufzeichnungs- und Kennzeichnungspflichten belasten die große Mehrheit unserer Betriebe mit überflüssigem bürokratischem Aufwand. Und für die kleine Minderheit, die es vielleicht auf Verstöße anlegt, stellen sie kein Hindernis dar, denn Papier ist geduldig. Deshalb wenden wir uns z. B. gegen die Pflichten zur

- Meldung von Nutztieren in der zentralen Datenbank HIT in Verbindung mit der Kennzeichnung der Tiere durch Ohrmarken oder Chips
- Führung von Ackerschlagdateien und Weidetagebüchern
- Erstellung von Düngerbilanzen.

Um es klarzustellen: Der Bauernbund lehnt keinesfalls betriebsinterne Aufzeichnungen und Kennzeichnungen ab, die auf jedem gut geführten Betrieb eine Selbstverständlichkeit sind. Aber wir wehren uns dagegen, dass der Staat vorschreibt, in welcher Form diese Aufzeichnungen und Kennzeichnungen zu erfolgen haben, und dass bei Nicht-Übereinstimmung mit den staatlichen Anforderungen oder bei Fehlern (die wohlgerne nicht auf dem Acker, sondern am Schreibtisch passiert sind) existenzbedrohende Kürzungen der Einkommensbeihilfen angeordnet werden können.

Ich weiß, dass unsere Position im Augenblick wenig Chancen auf Durchsetzung hat, aber ich bin froh, dass wir diese Position haben und nicht wie der Bauernverband um den heißen Brei herumreden, wie wichtig die ganze Aufschreiberei doch für die gesellschaftliche Akzeptanz der Subventionen ist. Vielleicht müssen wir uns das Thema für die nächste Runde 2013 aufheben. Bis dahin sollten wir aber nicht müde werden, den Sinn von Cross Compliance öffentlich in Frage zu stellen. Und wir sollten die derzeitige Marktlage nutzen, so viele freiwillige Vereinbarungen über Qualitätsmanagement und Zertifikate wie nur irgend möglich über Bord zu werfen. Wer unsere Produkte haben will, soll dafür gut bezahlen und uns ansonsten in Ruhe lassen.

Nächstes Thema: Boden. Wir wissen, dass der Flächenerwerb schwieriger geworden ist. Wir wissen, dass inzwischen jede Menge andere mit größeren Geldbörsen als wir unterwegs sind, wo wir vor wenigen Jahren nur die Kolchose als Konkurrenten hatten und oft nichtmal die. Und wir wissen, dass die BVVG dabei der größte Preistreiber ist, der nicht immer mit sauberen Methoden arbeitet. Hierzu gibt es Erfahrungen von Mitgliedern – wer da Probleme hat, kann sich gerne vertrauensvoll an mich wenden.

Eines aber sollten wir nicht beklagen, auch wenn uns die plötzliche Konkurrenz auf dem Bodenmarkt nicht passt: Land ist wieder etwas wert. Und das ist gut so, denn letztlich ist es Ausdruck dafür, dass auch die Landwirtschaft an Bedeutung gewinnt. Landwirtschaft ist nicht mehr das Schlusslicht des Bruttoinlandsprodukts.

Wir sind im vergangenen Jahr Mitglied der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue / Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ geworden und haben das im Vorstand zum Anlass genommen, das Thema Flächenverbrauch in Deutschland grundsätzlich zu bearbeiten.

Jeden Tag gehen in Deutschland über 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für Siedlung und Infrastruktur, Tagebaue und Deponien, Freizeitanlagen und Naturschutzgebiete verloren. Wir meinen, landwirtschaftliche Nutzfläche ist viel zu wertvoll, um weiter ungehemmte Wachstumsansprüche der industriellen Gesellschaft zu bedienen. Die gegenwärtige Verfahrensweise, dass landwirtschaftliche Nutzfläche erst für Siedlungs- und Infrastrukturzwecke verbraucht wird und dann in doppeltem Umfang noch einmal für ökologische Ausgleichsmaßnahmen, ist volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. Denn einerseits stehen Siedlungsbrachen in großem Umfang zur Verfügung, andererseits ist unsere Infrastruktur bereits extrem dicht ausgebaut. Wir haben deshalb folgende Forderungen formuliert, die ich heute nochmal zur Diskussion stelle und mit denen wir demnächst an die Öffentlichkeit treten wollen:

- 1.) Wohn- und Gewerbegebiete sollten zukünftig nur dann noch ausgewiesen werden, wenn im Umkreis von 25 km zum geplanten Standort nachweisbar keine Alternativflächen in der geplanten Größenordnung auf dem Markt sind – unabhängig davon, ob die Alternativen derzeit bebaut sind oder zu welchem Preis sie angeboten werden. Erweiterungen bestehender Betriebsstandorte in beschränktem Umfang bleiben davon unberührt.
- 2.) Die Veräußerung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Wohn- und Gewerbegebiete sollte nicht mehr steuerlich begünstigt sein, der entsprechende § 6 b Einkommensteuergesetz, nach dem Gewinne aus Grundstücksgeschäften steuerfrei bleiben, wenn sie in Flächenkauf reinvestiert werden, ist ersatzlos abzuschaffen.
- 3.) Neue Verkehrswege sollten zukünftig wesentlich kritischer als bisher auf ihre Notwendigkeit geprüft werden. Sie sind nur dann in Angriff zu nehmen, wenn es nachweisbar und regelmäßig zwischen den Verbindungspunkten zu gravierenden Verkehrsengpässen kommt, die anders nicht zu beseitigen sind.

- 4.) Bei erwiesenem Bedarf an neuen Verkehrswegen ist darauf zu achten, dass diese nicht überdimensioniert werden und der Flächenverbrauch weitestgehend reduziert wird, zum Beispiel durch gerade Trassenführung, schmale Randstreifen und möglichst wenig Verschnitt angrenzender landwirtschaftlicher Nutzfläche.
- 5.) Neue Tagebaue sind nicht mehr zu genehmigen, wenn nicht durch den Betreiber sichergestellt wird, dass die in Anspruch genommene Fläche spätestens zehn Jahre danach wieder mit unschädlichem Material verfüllt und mit demselben Mutterboden bedeckt ist.
- 6.) Die Bewertungskriterien für ökologische Ausgleichsmaßnahmen sollten – unter anderem durch Anerkennung der ökologischen Gleichwertigkeit von Ackerland, Grünland und Wald – dahingehend geändert werden, dass der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche vermieden wird.
- 7.) Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sollten auf die Renaturierung von Brachen (Tagebaue, nicht mehr baulich nutzbare Siedlungareale) oder auf die Bepflanzung von Randflächen von Siedlungen und Infrastruktur (Alleen, Baumreihen und Hecken) konzentriert werden.
- 8.) Alternativ zu ökologischen Ausgleichsmaßnahmen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, in unmittelbarer Nähe durch Entsiegelung von nicht mehr baulich nutzbaren Siedlungsarealen und Einbringung des abgeräumten Mutterbodens gleichwertige landwirtschaftliche Nutzfläche neu zu schaffen.

Liebe Berufskollegen, ein Mitglied von uns hat es mal ausgerechnet, dass es bei dem jetzigen Tempo noch genau 466 Jahre sind, bis der letzte Hektar zugebaut, abgebaggert, renaturiert oder sonstwas ist. Wir haben also noch ein bisschen Zeit, ums Überleben zu kämpfen, aber wir sollten auch nicht zu spät damit anfangen. Vorne am Eingang bei Frau Beuster liegen Unterschriftenlisten für die Volksinitiative gegen die neuen Tagebaue in der Lausitz. Wenn mir jemand sagt, Braunkohle sei unverzichtbar, antworte ich ganz einfach: Landwirtschaft ist unverzichtbar. Wir sind nicht mehr das Schlusslicht. Boden wird knapp. Wir könnten den Energieverbrauch in unserer

Gesellschaft locker um 50 Prozent senken, den Verbrauch an Lebensmitteln allerdings nicht. Jedenfalls nicht ohne Mord und Totschlag. Nochmal: Wir sind wichtiger als Vattenfall, Hochtief und die Deutsche Bank zusammen, und wenn unsere überkandidelte Gesellschaft das jetzt noch nicht begreift, dann wird sie es in den nächsten 466 Jahren auf schmerzhaft Weise lernen müssen.

Den Flächenverbrauch wollen wir also demnächst auf die politische Tagesordnung bringen mit eigenen Vorschlägen, so wie wir es bei der Flurneuordnung bereits gemacht haben. Unsere Positionen zur Flurneuordnung sind ja bekannt, wir haben Sie im vergangenen Sommer im Ministerium vorgetragen und bei dem zuständigen Mitarbeiter über weite Strecken Übereinstimmung festgestellt.

- Wenn überhaupt, dann sollten Flurneuordnungsverfahren in überschaubaren Größenordnungen zwischen 100 und 1000 ha durchgeführt werden mit dem Ziel, die Verfahren in einem Zeitraum abschließen zu können, in dem die Teilnehmer selbst noch etwas davon haben. Sinnvoll sind Verfahren vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen oder bei schwerwiegenden Bewirtschaftungsproblemen, die nicht durch Pflugtausch gelöst werden können. Voraussetzung muss sein, die zahlenmäßige und flächenmäßige Mehrheit der Eigentümer das Verfahren fordert.
- Zumindest Nachdenken haben wir erreicht beim Thema Freiwilliger Flächentausch, der uns eigentlich viel lieber ist die Flurneuordnung unter staatlichem Zwang. Wir haben vorgeschlagen, das Flurbereinigungsgesetz so abzuändern, dass grundsätzlich Tauschverträge über landwirtschaftliche Flächen, die der Strukturverbesserung dienen, durch eine einfache Bescheinigung des Landwirtschaftsamtes von der Grunderwerbsteuer befreit werden können. Dies ist bisher nur möglich, wenn der Vertrag über das Amt für Flurneuordnung zustande kommt und einer der Beteiligten praktizierender Landwirt ist. Das wäre eine einfache, unkomplizierte Maßnahme, um den Flächentausch für alle Beteiligten attraktiver zu machen. Bisher haben wir noch keine endgültige Antwort, aber wir bleiben dran.

Nächstes Thema: Wasser. Irgendwie hatten wir letztes Jahr alle genug davon, aber vielleicht war das auch genau richtig: Es geht nicht nur darum, Wasser im Land zu halten, in vielen Regionen geht es auch darum, dass das Wasser abfließt.

Die Wassergesetznovelle steht kurz vor ihrer Verabschiedung durch den Landtag. Eine unserer wichtigsten Anregungen ist dabei aufgegriffen worden. In Zukunft müssen die Bescheide für den Wasser- und Bodenverband zusammen mit dem Grundsteuerbescheid verschickt werden und die Verwaltungskosten, die auf die Umlage des Wasser- und Bodenverbands draufgeschlagen werden, dürfen nicht mehr als 15 Prozent der Gesamtkosten ausmachen. In der Vergangenheit hat es Beispiele dafür gegeben, wie sich Kommunen auf Kosten der Landwirte bereichert haben mit Verwaltungskosten von 50 Prozent und mehr. Zwar mussten die Verwaltungskosten auch bisher schon begründet werden, aber durch die jetzt vorgesehene Deckelung und die Koppelung mit dem Grundsteuerbescheid gibt es nicht mehr viel Spielraum für bürokratische Erfindungen. Die Rechtssicherheit für die Landbesitzer und für die Landwirte, die das Ganze letztlich bezahlen müssen, ist gestärkt worden.

Kaum scheint das eine Problem gelöst, taucht jedoch schon das nächste auf. Seit Anfang 2007 arbeiten wir mit an der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg. Das fing damit an, dass wir mit Terminen und Papieren zugeschüttet wurden. Drei Gewässerforen im Land, die jeweils dreimal im Jahr tagen sollten. Erst haben wir noch gehofft, der Bauernverband kümmert sich um die Sache, dann haben wir Jens Gerloff, Manfred Wercham und Christoph Schilka hingeschickt, die völlig frustriert zurückkamen, sie hätten nichts verstanden, außer dass alles ganz wichtig sei, und irgendwann ist mir dann der Kragen geplatzt und ich habe dem zuständigen Mitarbeiter im Ministerium geschrieben, dass man ein öffentliches Beteiligungsverfahren auch gezielt kaputt machen kann, indem man die Beteiligten so überfordert, dass sie freiwillig auf jede Beteiligung verzichten. Dazu waren wir allerdings nicht bereit. Nach einigem hin und her wurde uns schließlich ein Sondertermin gewährt, und wir hatten Gelegenheit, mit Vertretern aus Ministerium und Umweltamt fünf Stunden lang das ganze Thema durchzukauen. Was da auf die Landwirtschaft zukommt, ist in der Tat nicht ohne ...

Unsere Stellungnahme, die wir danach im Vorstand ausgearbeitet haben, war ja im Rundbrief veröffentlicht. Ich möchte hier noch einmal unsere wichtigsten Punkte zusammenfassen. Vor allem geht es um die Wassermenge und um die Wasserqualität.

- Bei der Wassermenge haben wir zunächst einmal ein hohes Eigeninteresse daran, das Wasser im Land zu halten, soweit dadurch – speziell in Niederungsgebieten – nicht die Bewirtschaftung der Flächen beeinträchtigt wird. Im Rahmen der Meliorisierung entstandene, teilweise überdimensionierte Entwässerungsgräben können dem Ziel, das Wasser im Land zu halten, abträglich sein. Eine Rückverlegung von Fließgewässern und Wiedervernässung von Niederungsgebieten wäre allerdings nur unter hohem finanziellem und organisatorischem Aufwand möglich und würde insbesondere in Niederungsgebieten eine flächendeckende Landwirtschaft infrage stellen. Hier kommt es deshalb darauf an, die bestehenden Stausysteme, mit denen der Wasserabfluss ggf. aufgehalten bzw. verlangsamt werden kann, in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten bzw. auszubauen und dabei ggf. die Wasser- und Bodenverbände zu unterstützen. Die Steuerung der Wasserstände sollte weiterhin ausschließlich durch die Bewirtschafter erfolgen, da diese von sich aus eine möglichst gute Wasserversorgung auf ihren Flächen anstreben und bei Bedarf flexibel reagieren können. Jede Reglementierung ist hier fehl am Platze.
- Bei der Wasserqualität zweifeln wir schlichtweg an, dass die in der Bestandsaufnahme festgestellten Belastungen 1. existieren und 2. sofern sie existieren dass sie ihre Ursache in der derzeit betriebenen Landwirtschaft haben. Wir haben uns einige Fließgewässer in der Prignitz vorgenommen, bei denen die Bestandsaufnahme das Erreichen eines guten ökologischen Zustands als unwahrscheinlich bzw. unklar einschätzt, und sind dabei immer zu dem Ergebnis gekommen, dass zumindest der laienhafte Blick auf die dort existierende Flora und Fauna einen sehr guten ökologischen Zustand erwarten lassen müsste. Sollte hier der Nachweis geführt werden können, dass dem nicht so ist, stellt sich dennoch die Frage, inwieweit eine auf der Grundlage des geltenden Umweltrechts betriebene Landwirtschaft zu Belastungen führen kann. Allenfalls der unsachgemäße Umgang mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln bzw. organischen Substanzen könnte Belastungen zur Folge haben. Diese wären dann jedoch als einzelne Verstöße gegen geltendes Umweltrecht zu verfolgen und abzustellen. Es ist jedenfalls zur Zeit nicht erkennbar, dass allgemeine Einschränkungen in der Bewirtschaftung notwendig oder zielführend wären.

Wir haben dann noch, um den Umweltschützern entgegenzukommen, vorgeschlagen, man könnte die im Rahmen der Meliorisierung entstandenen Entwässerungsgräben bepflanzen – einreihig, damit nicht zuviel Fläche verloren geht, und einseitig, so dass gleichzeitig eine Beschattung des Grabens erreicht wird und die maschinelle Krautung möglich bleibt. Ich habe das neulich selbst gemacht, eine Reihe Weiden gesteckt, wenn man ehrlich ist, braucht man dafür keine Wasserrahmenrichtlinie und keine Programme, aber vielleicht hilft der Hinweis uns ja aus den anderen Nöten heraus ...

Was wir auf jeden Fall nicht akzeptieren werden, ist, dass die Landwirtschaft zum Schuldigen für Wasserprobleme gemacht und mit Auflagen versehen wird, und die wirklichen Verursacher, die kommunalen und gewerblichen Klärwerke, Wasserwerke und Tagebaue, sich aus der Verantwortung stehlen können. Da heißt es doch ganz frech in den Anhörungsunterlagen zu wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen unter dem Punkt „Braunkohlebergbau: Aufgrund der wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und energiepolitischen Bedeutung der Branche ist absehbar, dass die Braunkohlenutzung nicht eingeschränkt wird.“ Bei der flächendeckenden Grundwasserabsenkung riesiger Regionen handelt es sich also offensichtlich nicht um eine wichtige Wasserbewirtschaftungsfrage, sondern um eine Tatsache, mit der man sich abzufinden hat. Aber wenn die Landwirtschaft die ordnungsgemäße Unterhaltung von Gewässern erster Ordnung verlangt, um jahrhundertealtes Kulturland weiterbewirtschaften zu können, dann ist das offensichtlich ein schwerwiegender Eingriff in den Naturhaushalt.

Liebe Berufskollegen, das ist dieselbe Betrachtungsweise wie eben und wir haben dieselbe Antwort darauf: Wir sind nicht mehr das Schlusslicht, kapiert? Und wir lassen uns nicht mehr an den Rand drängen, schon gar nicht von den Umweltschützern, darauf können Sie sich verlassen.

Letztes Thema: Gentechnik. Hierzu ist auch das meiste schon gesagt worden. Über die angemeldeten und angebauten Flächen, über das Weniger in Brandenburg und das Mehr in Sachsen kann man spekulieren und lamentieren, eines steht fest: Zu einem Durchbruch von gentechnisch verändertem Mais ist es in Deutschland auch in diesem Jahr nicht gekommen, der Anbau bewegt sich weiterhin im Bereich

von 0,0X Prozent. Und ohne unsere Rolle überbewerten zu wollen: Wir haben im Kampf gegen die Grüne Gentechnik eine zweite Front eröffnet, die für die Industrie wesentlich gefährlicher ist als Greenpeace und Konsorten. Das Beste war Karstens Beitrag in der Bauernzeitung letzten Sommer, der gleichzeitig – etwas gekürzt – als Leserbrief in Top agrar erschienen ist. Seitdem geht das immer so weiter. Vor einer Woche hatte ich ein Interview mit der MAZ-Lokalredaktion aus Perleberg, morgen dreht das ZDF bei unserem Mitglied Heiko Dahlke im Oderland. Unsere Argumente sind in den Medien präsent, und sie sind im Berufsstand präsent, auch wenn der Bauernverband in dieser Frage nach wie vor handlungsunfähig ist bzw. mit gespalte-
ner Zunge spricht.

Mit der Novelle des Gentechnikrechts können wir im großen und ganzen zufrieden sein, denn sie verschafft uns eine Atempause. Die Industrie wird ihren Druck auf die Landwirtschaft jetzt vermutlich erhöhen – aber auch wir werden nicht untätig bleiben. Strategisch ist es jetzt der richtige Zeitpunkt, das Eigentum an Pflanzen und Tieren offensiv zu verteidigen, das heißt Generalangriff auf Patente, Lizenzen, Nachbaugebühren und alles, was damit zusammenhängt. Ob wir damit politisch eine Chance haben, ist im Augenblick gar nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass auch dem letzten Deppen in unserem Berufsstand klar wird, um was es bei der Grünen Gentechnik in Wirklichkeit geht, nämlich darum, dass sechs multinationale Konzerne in Zukunft kontrollieren wollen, was Millionen Bauern auf der ganzen Welt anbauen, und dass diese sechs Konzerne das natürlich sehr gut bezahlen lassen werden.

Liebe Berufskollegen, wir bleiben dran an all diesen Themen. Wir sollten heute darüber weiter diskutieren, über den Kurs des Bauernbundes. Letzten November haben wir vier Bauernversammlungen in den Regionen abgehalten, die auch recht gut besucht waren. Und letztes Jahr habe ich fast alle Mitglieder angerufen, eine große Telefonaktion, die für mich ziemlich anstrengend, aber eben auch sehr interessant war, denn abends am Telefon konnte man natürlich viel intensiver über die Dinge sprechen als auf jeder Versammlung. Mein Eindruck: Wir haben einen guten Kontakt zwischen Vorstand und Mitgliederbasis, und wir haben eine hohe Übereinstimmung nicht nur in den agrarpolitischen Zielen, sondern auch in unserer grundsätzlichen Einstellung zum Leben, zur Landwirtschaft und was sonst noch wichtig ist. Und genau deshalb bringt es auch soviel Spaß, sich im Bauernbund zu engagieren!

Nebenbei habe ich bei der Telefonaktion auch unsere Mitgliederdatenbank ein bisschen aufgeräumt, wir sind jetzt auf einem guten Stand, knapp 230 Mitglieder, ein paar sind rausgefallen, die sowieso ihre Beiträge nicht bezahlt hatten, manchen Leuten kann man einfach nicht ewig hinterherrennen, aber natürlich haben wir auch eine Menge Mitglieder hinzugewonnen – vor allem junge, und unsere Betriebe sind gewachsen. In meiner Datenbank gibt es so eine schöne Funktion, mit der man mit einem Klick die Durchschnitte ausrechnen kann. Also: Das durchschnittliche Bauernbund-Mitglied heute ist 51 Jahre alt und bewirtschaftet 182 Hektar. Vor drei Jahren waren das noch 57 Jahre und 154 Hektar. Wenn ich da mit meinen 30 Hektar noch hinterherwill, muss ich mich wohl ziemlich anstrengen. Die Lebensahre kommen allerdings von selbst ...

Aber die Jugend rückt ja nach, im April kehrt Martin Grabow von seinem Praktikum aus Neuseeland zurück, und dann laden wir unsere ganzen 1980er Jahrgänge zu einem Treffen ein mit Reisebericht und was weiß ich, was die jungen Leute noch so vorhaben. Es kann jedenfalls nicht schaden, wenn sich unsere Hofnachfolger mal austauschen, am besten ganz ohne uns Alte.

Was auch noch ganz schön ist: Dass inzwischen 85 Mitglieder, also mehr als ein Drittel, unsere aktuellen Informationen per E-Mail bekommen – Sie alle kriegen ja den DBB-Rundbrief, da ist dann das meiste natürlich nochmal drin, aber bei manchen Terminen und Informationen ist es von Vorteil, wenn man damit auch ganz schnell zumindest einen Teil der Mitglieder erreicht. Zum Beispiel unsere Vorstandssitzungen, die ja mitgliederoffen sind.

Um den Bericht zur Lage des Verbandes für Sie abzurunden, folgen jetzt erstmal noch die Berichte von Buchhaltung und Kassenprüfung: Doris Beuster und Harald Siekerkotte. Ich stehe nachher für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!